



EUROPÄISCHES PARLAMENT

Dr. Horst Schnellhardt
Mitglied des Europäischen Parlaments

Europa-Kommunal

Kommunale Nachrichten aus und für Europa
Mittwoch, 31. August 2011



1. Luftqualitätspolitik

Termin: 30.9.2011

Zurzeit läuft eine Online-Befragung der Kommission über ihre bisherige Luftqualitätspolitik. Ziel ist eine Überprüfung der europäischen Gesetzgebung in diesem Bereich, nachdem festgestellt werden musste, dass fast die Hälfte der Europäer in Gebieten lebt, in denen die Ziele der EU-Luftqualitätsvorschriften nicht eingehalten bzw. erreicht werden. So lebten 2008 noch 45 % der EU-Bevölkerung in Gebieten, in denen die Feinstaubkonzentration (PM10) über den Grenzwerten lag, 49 % in Gebieten mit NO₂-Emissionen über dem Jahresgrenzwert und 46 % in Gebieten, in denen der Ozon-Zielwert für den Schutz der Gesundheit überschritten wurde. Und schließlich sind bis zu 30 % der Stadtbevölkerung einer ganzen Reihe von Grenzwertüberschreitungen ausgesetzt. Die bereits einmal verlängerte Frist für die Einhaltung der europäischen Feinstaubgrenzwerte in den Innenstädten ist am 11. Juni 2011 abgelaufen. Trotz nachhaltiger Anstrengungen der Kommunen bei der Feinstaubbekämpfung lassen sich die vorgeschriebenen Werte nicht erreichen, auch nicht in den Städten, die Umweltzonen eingerichtet haben. Ratlosigkeit herrscht in den Rathäusern und da helfen auch von der Kommission gegen Deutschland und weitere Mitgliedstaaten eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren nicht weiter. Guter Rat wird nun von dem webgestützten Konsultationsverfahren erwartet. Dieses richtet sich per Fragebogen sowohl an die breite Öffentlichkeit, insbesondere aber auch an die lokalen Verwaltungen, die aufgefordert sind, bis zum 30. September 2011 zu den Stärken und Schwächen des bestehenden gesetzlichen Rahmens Stellung zu nehmen. Bis spätestens 2013 soll die Luftqualitätsrichtlinie überarbeitet werden.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/813&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Das Konsultationsverfahren (Englisch) unter

http://ec.europa.eu/environment/consultations/air_en.htm

Weitergehende Hinweise unter

http://www.umweltbundesamt.at/aktuell/presse/lastnews/newsarchiv_2011/news110708/

Umweltzonen in Europa: www.lowemissionzones.eu und

in Deutschland <http://gis.uba.de/website/umweltzonen/umweltzonen.php>

2. Jahr des Aktiven Alterns

Die Möglichkeiten für ein unabhängiges Leben im Alter sollen europaweit verbessert werden. Diesem Ziel des Jahres des Aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen hat das Parlament zugestimmt. In diesem Aktionsjahr 2012 sollen belastbare Ergebnisse erzielt werden in den Bereiche Beschäftigung, Gesundheitsversorgung, Sozialdiensten, Erwachsenenbildung, Freiwilligentätigkeit, Wohnungswesen, IT-Dienstleistungen und Verkehr. In Deutschland wird das Europäische Jahr 2012 koordiniert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und in Österreich vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Informationen zum Europäischen Jahr 2012 für Deutschland unter <http://ec.europa.eu/social/ey2012main.jsp?catId=971&langId=de>

für Österreich unter http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2010/PK0851/index.shtml

3. Mehr Ältere und mehr Babys.

Die Bevölkerung in Europa lebt länger, wird mobiler – und sie wächst. Das ist die Kernaussage des dritten Berichts zur Demografie. Danach ist die Zahl der über 60-jährigen jährlich um 2 Millionen und die Kinderzahl pro Frau von 1,45 Kindern auf durchschnittlich 1,6 Kinder in 2009 gestiegen. In Deutschland und Österreich liegt die Rate allerdings mit 1,36 Kindern pro Frau unter dem europäischen Durchschnitt.

Pressemitteilung unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/391&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Der 3. Demografiebericht (Englisch, 180 Seiten; mit einem Überblick auf Deutsch Seiten 7-12) unter http://ec.europa.eu/employment_social/emplweb/families/userfiles/file/Demography_report_2010_EN.pdf

4. Pflegesysteme

In den nächsten 40 Jahren werden sich die Pflegekosten für ältere Menschen verdoppeln. Gleichzeitig rückt die Familie zunehmend in den Hintergrund, so dass man mehr Unterstützung von Außenstehenden braucht. Das sind die Kernaussagen eines von der Kommission mitfinanzierten OECD-Berichts zu den Pflegesystemen. Untersucht wird u.a. neben den Kosten und den Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt für Pflegekräfte auch deren psychische Belastung. Vor diesem Hintergrund hat die Kommission am 11. Juli 2011 die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert, die Forschung zur Bevölkerungsalterung zu koordinieren. Dabei stehen folgende Fragen im Vordergrund: Wie können die Menschen länger auf dem Arbeitsmarkt gehalten werden? Wie hilft man älteren Menschen, so lange wie möglich aktiv und gesund zu bleiben? Wie wird unser künftiges Pflegesystem nachhaltig?

Der am 18.05.2011 vorgelegte OECD-Bericht (Englisch, 327 Seiten) unter http://ec.europa.eu/health/reports/docs/oecd_helpwanted_en.pdf

Die Empfehlung der Kommission vom 11.7.2011 unter
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:183:0028:0030:DE:PDF>

5. Basiskonto

Jeder Europäer sollte unabhängig von seiner Finanzlage das Recht auf ein Basiskonto haben. Im Unterschied zum herkömmlichen Girokonto kann ein Basiskonto nicht überzogen werden. Das Einkaufen und Bezahlen von Rechnungen und der Erhalt eines Gehalts oder von Transferleistungen soll damit erleichtert werden, zumal die Verwendung von Bargeld stark rückläufig ist. Mit dieser Empfehlung an die Mitgliedstaaten reagiert die Kommission auf Studien, wonach ca. 30 Mio. EU-Bürger über 18 kein Bankkonto haben. Davon wurden nach Schätzungen zwischen 6 und 7 Mio. Menschen wegen Überschuldung, Arbeits- oder Mittellosigkeit die Eröffnung und Nutzung eines Bankkontos verwehrt. Die von den Banken für die Kontoführung in Rechnung gestellten Kosten sollen von den Mitgliedstaaten festgelegt werden. Und schließlich sollen die Mitgliedstaaten einen, mehrere oder sogar alle Banken als Anbieter von Basiskonten bestellen können. Für den Fall, dass die Empfehlung nicht binnen eines Jahres umgesetzt wird, hat die Kommission EU-weit verbindliche Vorgaben in Aussicht gestellt.

In Deutschland gibt es auf der Grundlage einer Selbstverpflichtung der Banken bereits seit 1996 für Jedermann die Möglichkeit, ein Guthabenkonto ohne Kredit-Optionen zu eröffnen. Auch in Österreich gibt es bereits Bestrebungen, Menschen mit geringen finanziellen Mitteln den Kontozugang zu eröffnen (BAWAG PSK, Bank Austria und bei der sogenannten Zweiten Sparkasse, einem Projekt der Erste Bank).

Die Pressemitteilung unter
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/897&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Weitere Information über Maßnahmen der EU unter:
http://ec.europa.eu/internal_market/finservices-retail/inclusion_de.htm

6. Ausländer

2010 waren 6,5% der EU-Bevölkerung (32,5 Millionen) ausländische Staatsangehörige. Davon waren nach einem Bericht von Eurostat 12,3 Millionen Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaats und 20,2 Millionen Drittstaatenangehörige. Das Durchschnittsalter der ausländischen Staatsangehörigen war mit 34,4 Jahren deutlich jünger als das der nationalen Bevölkerung mit 41,5 Jahren. Die meisten ausländischen Staatsangehörigen lebten in Deutschland (7,1 Millionen Personen = 8,7% der Gesamtbevölkerung), Spanien (5,7 Mio. = 12,3%), England (4,4 Mio. = 7%), Italien (4,2 Mio. = 7%) und in Frankreich (3,8 Mio. = 5,8%); in Österreich hatten 876.400 Menschen, das waren 10,5% der Bevölkerung, einen ausländischen Pass.

Pressemitteilung von Eurostat vom 14.7.2011 unter
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/105&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

7. Lesekompetenz

20% der 15-Jährigen und viele Erwachsene können schlecht lesen.

In Deutschland sind es 18,5% und in Österreich 28%. Das ist das Ergebnis einer vergleichenden Studie zur Lesekompetenz in Europa. Die Studie befasst sich mit vier Schlüsselthemen: pädagogische Ansätze, die Behebung von Leseschwächen, Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften und die Förderung des Lesens außerhalb der Schule. Die Lesekompetenz hängt wesentlich von den Faktoren Familie, Lehrer und Schulsystem ab, wobei die Bildung und die Herkunft der Eltern von wesentlicher Bedeutung sind. Zu den besonders gefährdeten Gruppen gehören Kinder aus benachteiligten Familien und Kinder mit Migrationshintergrund. In der Studie wird auch dargestellt, was in den einzelnen Staaten gegen mangelnde Lesekompetenz unternommen wird und wo noch Nachholbedarf besteht. Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, den Anteil der Schülerinnen und Schüler mit schlechter Lesekompetenz bis 2020 auf unter 15% zu senken. Dieses Ziel haben bislang erst Belgien, Dänemark, Estland, Finnland und Polen erreicht. Derzeit ist eine deutsche Übersetzung der Studie noch nicht verfügbar.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/846&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die Studie (Englisch, 224 Seiten) unter

http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/thematic_studies_en.php

Die Studie in einer kurzen Zusammenfassung (Deutsch, 4 Seiten) unter

http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/thematic_reports/130DE_Hl.pdf

8. Nachhilfe

Die private Nachhilfe hat EU-weit zugenommen. Nach einer im Auftrag der Kommission durchgeführten Studie hat dieses „Schattenbildungssystem“ seine Ursachen u.a. im sozialen Wettbewerb und innerschulischen Rankings. Der pädagogische Wert wird als gering eingestuft. Denn die Nachhilfe sei prüfungsorientiert und stütze sich auf Prüfungsarbeiten aus der Vergangenheit.

Die Studie (Englisch, 80 Seiten) unter

<http://www.nesse.fr/nesse/activities/reports/activities/reports/the-challenge-of-shadow-education-1>

9. Synthetische Drogen

Die Kommission will verstärkt gegen synthetische Drogen vorgehen. Nach einem Bericht vom 11. Juli 2011 gab es 2010 mindestens 41 (2009 waren es 24) neue psychoaktive Substanzen, die die Wirkung gefährlicher Drogen wie Ecstasy oder Kokain imitieren. Diese Substanzen werden über das Internet und im Fachhandel legal vertrieben. Mit dem Bericht wurde eine Eurobarometer-Umfrage veröffentlicht, wonach bereits 5% der Jugendlichen in der EU (Deutschland 4%) synthetische Drogen ausprobiert haben; in Irland und Polen waren es sogar 16 bzw. 9%. Aus der Umfrage geht hervor, dass die 5 % der Befragten, die den Konsum synthetischer Drogen zugaben, als Hauptbezugsquellen Freunde (54 %), Feste oder

Clubs (37 %), Fachgeschäfte (33 %) oder das Internet (7 %)angaben. Die Kommission will das seit 2005 bestehende Frühwarnsystem und die europaweiten Kontrollmaßnahmen verschärfen, um zu verhindern, dass die gefährlichen Substanzen frei auf dem Markt gehandelt werden.

Die Pressemitteilung unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/855&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Der Bericht vom 11.7.2011 unter

http://ec.europa.eu/justice/policies/drugs/docs/com_2011_430_de.pdf

Die Eurobarometer-Umfrage (Englisch, 124 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/flash_arch_344_330_en.htm#330

Zur Drogenbekämpfungspolitik der Kommission unter

<http://ec.europa.eu/justice/anti-drugs>

10. Verkehrsdelikte

Bußgelder können bei Verkehrsdelikten bald europaweit vollstreckt werden.

Damit wäre die faktische Straflosigkeit von Verkehrsdelikten im Ausland beendet. Nach einer vom Parlament verabschiedeten Richtlinie werden die Mitgliedstaaten verpflichtet, die Halterdaten bei bestimmten Verkehrsverstößen den Behörden des Mitgliedstaates zur Verfügung zu stellen, in dem der Verkehrsverstoß begangen worden ist. Diese Regelung wird nicht in Dänemark und vorerst auch nicht Irland und England Anwendung finden. Die Strafverfolgung und Höhe des Bußgelds entsprechen den Regeln des Staates, in dem die Übertretung begangen wurde. Die neue Richtlinie wird damit die bereits bestehende Regelung über das Eintreiben von Knöllchen im Ausland ergänzen. Es geht bei der europaweiten Ahndung nur um Bußgelder, nicht um die Einziehung von Fahrerlaubnissen oder anderen Sanktionen. Strafpunkte in Flensburg gibt es daher weiterhin nur für Inlandsverstöße. Die grenzübergreifende Verfolgung findet insbesondere bei folgenden Verkehrsdelikten statt, die für 75% der Verkehrstoten verantwortlich sind: Geschwindigkeitsübertretungen, Alkohol/Drogen am Steuer, nichtangelegter Gurt, Überfahren einer roten Ampel. Grenzüberschreitend kann aber auch das Fahren ohne Motorradhelm und Handy-nutzung am Steuer verfolgt werden.

Die Richtlinie tritt unmittelbar nach der Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft und muss von den Mitgliedstaaten binnen 24 Monate in nationales Recht umgesetzt werden.

Die Entscheidung des Parlaments vom 6.7.2011 unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0325+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Pressemitteilung des Parlaments unter

<http://www.europarl.europa.eu/de/headlines/content/20110627FCS22686/12/html/Parlament-beendet-Straflosigkeit-bei-Verkehrsdelikten-im-Ausland>

11. Straßenverkehrssicherheit

Termin 30.9.2011

Die Kommission hat zur Einreichung von Vorschlägen im Bereich Straßenverkehrssicherheit aufgerufen. Zu den benannten Themenbereichen gehören u.a. Innovative Konzepte oder Austausch von Best Practice, um den Schweregrad von Verletzungen im Straßenverkehr zu vermindern und um Erste Hilfe zu organisieren - einschließlich Technologien zur Einführung des eCall-Systems. Für diesen Aufruf stehen 1 Mio. Euro zur Verfügung. Anträge können bis zum 30.09.2011 eingereicht werden.

Weitere Einzelheiten unter

<http://www.nationaler-radverkehrsplan.de/termine/termin.php?id=3251>

12. Lärmreduktion

Frist: 2.9.2011

Die Europäische Umweltagentur zeichnet kreative Projekte zur Lärmreduktion aus. Gesucht werden Projekte und Initiativen, die kreative und kosteneffiziente Lösungen für die Reduktion von Lärm anbieten. Mit dem European Soundscape Award sollen Projekte mit Vorbildcharakter ausgezeichnet werden. Einreichungsfrist ist der 2. September 2011.

Weitere Einzelheiten unter

<http://www.eea.europa.eu/themes/noise/the-european-soundscape-award>

13. Europäisches Vertragsrecht

Das Parlament hat sich für ein Europäisches Vertragsrecht ausgesprochen. In einem Entschließungsantrag vom 8.6.2011 hat es für ein fakultatives EU-Vertragsrecht bei grenzüberschreitenden Geschäften votiert, ergänzt durch europäischen Standardvertragsmuster in alle EU-Sprachen und einem alternativen (online) Streit-schlichtungsverfahren. Damit wird für Verbraucher- und Unternehmerverträge den Vertragsparteien ein Europäisches Vertragsrecht zur Verfügung gestellt, das neben dem nationalen Recht steht. Auf dieser Grundlage können z.B. Online-Geschäfte europaweit nach einem einheitlichen Vertragsmuster abgeschlossen werden. Auch Unternehmen können dann ihre Produkte EU-weit auf der Grundlage eines einzigen Vertrags anbieten. Derzeit prüft die Europäische Kommission eingehend eine am 03.05.2011 vorgelegte Durchführbarkeitsstudie. Für Oktober hat die Kommission eine Gesetzesinitiative zum EU-Vertragsrecht angekündigt.

Die Entschließung des Parlaments unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0262+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/683&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die Durchführbarkeitsstudie vom 3.5.2011 (Englisch 93 Seiten) unter:

http://ec.europa.eu/justice/policies/consumer/docs/explanatory_note_results_feasibility_study_05_2011_en.pdf

14. Strom- und Gaspreise gestiegen

In der EU sind die Strom- und Gaspreise nach einem Rückgang in 2009 im Jahr 2010 gestiegen. Die Strompreise für Haushalte stiegen um 5,1% (2009 -2,3%) und die Gaspreise um 7,7% (2009 – 15,5%). Der EU-Durchschnitt lag für Strom bei 17,08 €; in Deutschland bei 24,38 € und in Österreich 19,30 € bei für 100 Kw/h. Die Preise für Gas lagen im EU-Durchschnitt bei 15,88 €; in Deutschland bei 15,86 € und in Österreich 16,71 € bei pro Gigajoule. Die von Eurostat ermittelten Daten beziehen sich auf Preise (einschließlich Steuern) für Haushalte mit einem jährlichen Verbrauch bei Strom zwischen 2 500 und 5 000 kWh und bei Gas zwischen 20 und 200 Gigajoule. Diese Preise werden mit dem nationalen Haushaltsverbrauch gewichtet, um den EU Durchschnitt zu ermitteln.

Pressemitteilung von Eurostat vom 29.6.2011 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/97&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Weitere Einzeldaten von Eurostat vom 29.6.2011 unter

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/8-29062011-BP/DE/8-29062011-BP-DE.PDF

15. Lebensmittelkennzeichnung

Verbraucher müssen künftig beim Kauf von Lebensmitteln besser informiert werden. Die neuen Regelungen schreiben Nährwertangaben in lesbarer Größe auf den meisten verpackten Lebensmitteln sowie Informationen zu Allergenen auch bei nichtverpackten Speisen, beispielsweise in Gaststätten, vor. Je nach Größe der Verpackung beträgt die Mindestschriftgröße 1,2 - 0,9 mm. Beim Verkauf von Schweine- Schaf-, Ziegen- und Geflügelfleisch muss künftig erkennbar sein, woher das Fleisch stammt. Auf verpackten Lebensmitteln müssen der Energiewert und die Mengen von Fett, Kohlenhydrat, Eiweiß, Zucker und Salz für 100 g oder 100 ml angegeben werden. Alkoholische Getränke sind von der Neuregelung ausgenommen. Die Verordnung ist von den Mitgliedstaaten eins zu eins in innerstaatliches Recht zu übernehmen. Sobald die neue Gesetzgebung im EU-Amtsblatt veröffentlicht wurde, hat die Lebensmittelindustrie drei Jahre Zeit, die Regelungen einzuführen. Für Nährwerttabellen auf den Verpackungen gilt eine Übergangsfrist von fünf Jahren.

Pressemitteilung des Parlaments unter

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110705IPR23384/html/Lebensmittelverpackungen-EPstimmt-f%C3%BCr-klarere-Regeln-zur-Kennzeichnung>

Vom Parlament angenommener Text

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0324+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Fragen und Antworten (FAQ) zur neuen EU-Verordnung unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/481&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

16. Übersetzungsmaschinen

Die Kommission fördert verstärkt die Entwicklung von Online-Übersetzungsmaschinen. Für 30 unterschiedlichen Forschungsprojekte, die sich mit Schnittstellen für Sprache und digitale Inhalte beschäftigen, stehen derzeit 67 Millionen Euro zur Verfügung; 2011 werden weitere 50 Millionen Euro für neue Projekte bereit gestellt. Damit soll u.a. erreicht werden, dass Internetnutzer nicht mangels Sprachkenntnissen weiterhin von Internetdiensten ausgeschlossen sind. So kaufen nach einer aktuellen Eurobarometer-Umfrage von 13.500 EU-Bürgern nur 18% der Internetnutzer online häufiger oder immer in einer Fremdsprache ein; 42 % jedoch nie in einer anderen Sprache als ihrer eigenen. Die am häufigsten genutzte Fremdsprache im Internet ist Englisch (48%), nur 6% der Internetnutzer benutzen Deutsch als Fremdsprache.

Pressemitteilung unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/556&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die Eurobarometer-Umfrage (Englisch 125 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_313_en.pdf

Erste Ergebnisse der laufenden Forschungsprojekte zur Sprachübersetzung in über fünfzig Sprachen sind verfügbar unter

<http://itranslate4.eu/>

17. Erdbeben

Es gibt ein neues Frühwarnsystem für Erdbeben und Tsunamis. Das durch ein von der EU finanziertes Forschungsprojekt entwickelte System beruht auf einer kostengünstigen Sensortechnologie, die auch in Airbags verwendet wird.

Pressemitteilung unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/579&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Weiteres unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/304&format=HTML&aged=>

18. Biokraftstoffe

Umweltfreundlich hergestellte Biokraftstoffe erhalten ein Gütesiegel. Grundlage sind insgesamt 7 europaweit anerkannte freiwillige Nachweis-Systeme zur Nachhaltigkeit von Biokraftstoffen. Unter den zertifizierten Systemen ist auch das deutsche ISCC-Siegel. Mit dem Gütesiegel wird u.a. garantiert, dass zur Produktion des Biokraftstoffs keine tropischen Regenwälder, Torfmoore oder Feuchtgebiete in Palmöl- oder Zuckerrohrplantagen umgewandelt worden sind. Anerkannt werden auch nur Biokraftstoffe, die gegenüber herkömmlichen Kraftstoffen eine Treibhausgaseinsparung von 35% erbringen. Nur über die gesamte Herstellungs- und Versorgungskette nachweislich nachhaltige hergestellte Biokraftstoffe dürfen staatlich gefördert oder auf nationale Erneuerbaren-Energien-Ziele angerechnet werden.

Weitere Informationen in den Pressemitteilungen vom 10.6.2011 unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/711&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>

und vom 19.7.2011 unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/901&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Das gesamte Maßnahmenpaket - zwei Mitteilungen und einen Leitlinienbeschluss - unter http://ec.europa.eu/energy/renewables/biofuels/sustainability_criteria_en.htm

Die anerkannten Systeme und die Bewertungsberichte unter http://ec.europa.eu/energy/renewables/transparency_platform/transparency_platform_en.htm

19. Elektromagnetische Felder

Die Richtlinie zum Schutz von Arbeitnehmern vor elektromagnetischen Feldern wird überarbeitet. Bei dem von der Kommission am 14.6.2011 vorgelegten Entwurf geht es insbesondere um die berufliche Belastung von Arbeitnehmern, wie Ärzten, Krankenschwestern (MRT), Schweißern oder von Mitarbeitern, die mit Radar oder an Stromleitungen tätig sind. Neue wissenschaftlich ermittelte Grenzwerte, insbesondere in Bezug auf die Exposition durch die Kernspintomographie (MRT) in Kliniken, sind der auslösende Faktor für die Aktualisierung der Richtlinie. Der Entwurf enthält auch Bestimmungen für Arbeitnehmer, die einen Herzschrittmacher tragen und für Schwangere. Der Vorschlag wird nun an das Parlament und den Rat weitergeleitet.

Die Pressemitteilung unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/704&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Der Richtlinienvorschlag (Englisch, 42 Seiten) unter: http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/andor/documents/proposal_dir_electfields_en.pdf

Die derzeit geltende Richtlinie 2004/40/EG unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CONSLEG:2004L0040:20081211:DE:PDF>

20. Barrierefreie Stadt

Termin: 20.9.2011

Städte mit über 50.000 Einwohnern können sich um den Access City Award bewerben. Mit diesem Europäischen Preis für barrierefreie Städte werden zum zweiten Mal Städte ausgezeichnet, die in den letzten 5 Jahren Maßnahmen für eine bessere Zugänglichkeit für Behinderte in grundlegenden Bereichen des städtischen Lebens realisiert haben. Bewerbungsschluss ist der 20. September 2011.

Teilnahmebedingungen unter

http://ec.europa.eu/justice/discrimination/files/access_city_2012_participation_rules_de.pdf

Bewerbungsformular unter

http://ec.europa.eu/justice/discrimination/files/access_city_2012_application_form_de.doc

Leitfaden für Bewerber unter

http://ec.europa.eu/justice/discrimination/files/access_city_2012_guidance_note_de.pdf

Eine Broschüre mit den Ergebnissen der 1. Verleihung des Access City Award unter http://ec.europa.eu/justice/discrimination/files/accesscity_practice_guide_de.pdf

21. Sonntagsschutz

Es gibt eine Europäische Allianz für den arbeitsfreien Sonntag. Die am 20. Juni 2011 in Brüssel u.a. von Gewerkschafts- und Kirchenvertretern gegründete Allianz fordert, dass in der Arbeitszeitrichtlinie der Sonntagsschutz europaweit festgeschrieben wird.

Weiteres unter

www.europeansundayalliance.eu

22. Praktika

Bewerbungsfristen

Es gibt für 2012 bezahlte Praktika beim Rat der Europäischen Union. Einzelheiten für eine Online-Bewerbung bis 31.8.2011 unter

<http://www.consilium.europa.eu/showPage.aspx?id=1285&lang=de>

Für unbezahlte Praktika endet die Bewerbungsfrist am 1. Oktober für ein Praktikum von Februar bis Juni 2012 und am 1. April 2012 für ein Praktikum von September 2012 bis Januar 2013. Bewerbungsunterlagen unter stages@consilium.europa.eu

23. EU-Webadressen

Seit der Einführung der Internetdomäne “.eu“ sind 3,4 Millionen Registrierungen erfolgt, davon allein in Deutschland über 1 Millionen, gefolgt von den Niederlanden mit 450.000 und England mit 310.000 Registrierungen.

Weitere Informationen unter:

<http://www.eurid.eu/en/about/facts-figures/statistics>

und

<http://www.eurid.eu/de/eu-domaenennamen>

24. Europäisches Parlament mobil

Es gibt jetzt eine Website des Europäischen Parlaments in einer speziell für Smartphones entwickelten mobilen Version unter

<http://m.europarl.europa.eu/EPMobile/menu.htm?language=DE>

25. Open Days 2011

Die OPEN DAYS 2011 finden vom 10. bis 13. Oktober 2011 in Brüssel statt. Die thematischen Schwerpunkte liegen in der EU-2020-Strategie, der Anwendung der EU-Kohäsions- und Strukturfonds vor Ort und beim Thema Territorialer Zusammenhalt durch Projektkooperation. Die Registrierung für die OPEN DAYS 2011 ist ab sofort online möglich.

Das Programm unter

http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/od2011/programme.cfm?nmenu=2&sub=200

Registrierung unter

http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/od2011/reg_frame.cfm
